

Dann hat man auch noch einen sogenannten Kampfauftrag erteilt, indem man Leute hierher geschickt hat, um mich auszukundschaften. Ich glaube, dies wird wohl eine Sache des Bundesanwalts sein. Die Klarnamen sind mir mittlerweile geläufig. Ich mußte danach nur noch mal die kopierten Akten durcharbeiten. Wenn man als junger Mensch den Einsatz gewagt hat, in der Politik mitzuhelfen – ich bin ja kein Mann, der ein Amt oder irgend etwas angestrebt hat, ich wollte nur ganz einfach mit einem Beitrag leisten –, um dann im nachhinein festzustellen, daß man über Jahre hinweg aus dieser Umklammerung des Kommunismus – das war eine Krake – nicht mehr herausgekommen ist, dann ist das eine fürchterliche Situation.

Aber Sie können sicher sein, daß ich solange über diese Dinge reden werde, wie ich es geistig und körperlich vermag. Dies bin ich den Leuten schuldig, die heute nicht mehr für ihre Sache einstehen und reden können. Ich muß sagen: Ich bin ein bißchen stolz darauf, daß ich Glück gehabt habe und heute vor Ihnen sitzen kann, um Ihnen das zu berichten. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank, Herr Dieter Rieke. Der nächste Redner wäre dann Herr Wolfgang Schollwer.

Wolfgang Schollwer: Ich bin Jahrgang 1922. 1946 trat ich in die LDPD ein. Bis zum Oktober 1950 war ich Mitglied dieser Partei. Dann bin ich nach West-Berlin geflüchtet. Ich kann also nur über die Zeit von Herbst 1946 bis zum Herbst 1950 Zeitzugenschaft ablegen.

Was hat mich oder viele andere bewogen, in diesen Jahren in die LDPD einzutreten? Dazu kann ich natürlich keine verbindliche Auskunft geben, sondern ich kann nur sagen, was mich selbst und was meine Freunde wahrscheinlich veranlaßt hat, in dieser Partei tätig zu sein.

Zunächst war das die Hoffnung, daß es bald eine Einigung der Vier Mächte in bezug auf Deutschland geben würde. Damals gab es ja noch die Viermächtekonferenzen bzw. die Außenminister- und Regierungskonferenzen, und man konnte sich einfach nicht vorstellen, daß der Zustand, der in den Jahren 1946/47 herrschte, lange andauern würde.

Zweitens ging es – das klingt fast noch illusionärer als das erste – um die Hoffnung, daß die sowjetische Führung auf die Dauer mehr Interesse daran haben würde, zum gesamten deutschen Volk ein gutes Verhältnis zu haben, als sich allein auf die SED zu stützen. Insofern wollten wir als Liberaldemokraten sozusagen bereitstehen, um in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht – später sollte es der sowjetische Partner sein – Deutschland anders zu gestalten, als es die Kommunisten dann getan haben.

Drittens war unsere Bereitschaft für dieses Parteiensystem in der sowjetisch besetzten Zone dadurch bestimmt, daß wir eine gewisse Abneigung gegen das Parteiengezänk hatten, das man im Westen schon wieder feststellen konnte. Wir waren der Meinung, daß die Parteien in einer schwierigen

Zeit zusammenarbeiten müßten, um die Probleme zu lösen, die vor einem standen.

Wenn ich die zweite Hoffnung als besonders illusionär bezeichnet habe, dann möchte ich zu unserer damaligen Rechtfertigung doch ein Beispiel nennen. Im Februar 1949 wurde auf dem Parteitag der Liberaldemokratischen Partei in Eisenach ein Parteiprogramm verabschiedet, das sich dadurch auszeichnete, daß es wirklich noch ein demokratisches und liberales Programm war, welches von der Besatzungsmacht genehmigt wurde. Es gab eigentlich in diesem Parteiprogramm nur wenige Passagen, die man als eine Konzession an die politische Situation von 1949 betrachten konnte. Vielleicht könnte man sogar sagen: Es war eigentlich nur eine Konzession an die Sozialdemokraten, denn wir verlangten damals die Verstaatlichung der Bodenschätze, der Großbetriebe und der Grundstoffindustrie, und wir wünschten eine zweck- und sinnvolle Lenkung der Volkswirtschaft. Das war die Konzession, die die Partei damals in bezug auf den Kurs in der sowjetisch besetzten Zone machte.

In dem halben Jahr bis zum Herbst 1949 – also bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik – war es uns möglich, dieses Programm im ganzen Land zu verbreiten. Das geschah in unzähligen Reden, die wir in Städten, Gemeinden und Kreisen hielten. Darin propagierten wir liberale Politik. Erst mit der Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik und der offiziellen Übernahme der Macht durch die SED in Ostdeutschland wurde dem ein Ende bereitet. Ab Herbst 1949 durfte dieses Programm nicht mehr verkündet werden. Unter dem Zeichen der sowjetischen Besetzung waren für uns noch gewisse Spielräume gegeben.

Wir hatten drei besondere Schwierigkeiten. Erstens ging es um die Einbindung in sogenannte überparteiliche Gremien. Dazu gehörte ja nicht nur die Blockpolitik. Dabei ging es um die Block-Sitzungen, die vom Kreis bis hinauf auf die Zonen-Ebene stattfanden. Vielmehr war es so, daß in steigendem Maße auch noch die Volkskongreßbewegung hinzukam, die dann zur Nationalen Front mutierte. In dieser Volkskongreßbewegung bzw. Nationalen Front waren eine Anzahl von Ausschüssen gebildet worden, in denen auch die LDPD vertreten sein mußte.

Es war so, daß ich vor dieser Zeit – also im Frühjahr 1948 – als LDPD-Kreissekretär in dieses System eingebunden war. Neben den Parteiausschüssen, denen ich selbstverständlich angehören und in denen ich tätig sein mußte, war ich in neun überparteilichen Kommissionen tätig. Sie werden sich vorstellen können, daß da natürlich kaum noch Zeit blieb, sich der eigentlichen Parteiarbeit zu widmen. Das war bewußt so gemacht worden, um die bürgerlichen Parteien an eigener Tätigkeit zu hindern.

Ich komme zur zweiten Schwierigkeit. Obwohl es damals noch keinen Erich Mielke gab, waren doch Spitzel en gros vorhanden. In der Landesleitung, in der ich ab Juni 1948 tätig war, hielten sich zwei Mitarbeiter des sowjetischen